

Kein Mitleid mit Millionen-Merz!



Foto: Thomas Drillich, Attac Mainz

Inhalt

Hintergrund

- Das Grunderbe – eine gute Idee? – 2 –
- Für ein Ende sexualisierter Gewalt – 3 –
- Angriff auf den Sozialstaat – 4/5 –
- Deutscher Kolonialismus – 7 –
- Energie- und Wärmewende – 8 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

- Attac-Sommerakademie – 9 –
- Proteste gegen den AfD-Parteitag – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Basistext-Paket – 11 –

»Kein Kanzler vor mir hat so etwas ertragen müssen.« Fast möchte man Mitleid bekommen mit Friedrich Merz – weniger weil er so unbeliebt ist, sondern vielmehr, weil ihm offensichtlich die Fähigkeit fehlt, Zusammenhänge herzustellen zwischen seiner mangelnden Beliebtheit und dem, was er sagt und tut. Schon vor seiner Kanzlerschaft hatte er mit seiner verschobenen Wahrnehmung irritiert, dass er als mehrfacher Millionär sich der Mittelschicht zugehörig fühlt. Dieselbe verschobene Perspektive führt jetzt dazu, dass er Menschen unterstellt, sie seien zu faul und würden ständig krank feiern – Menschen, die sich zum Teil krank geschuftet haben dabei, Gewinne für andere zu erarbeiten oder den Staat und seine Institutionen am Laufen zu halten. »Wir müssen für unseren Wohlstand mehr arbeiten« bedeutet eigentlich: »Ihr müsst für unseren Wohlstand mehr arbeiten«. Die Leute verstehen, dass die Regierung Merz Politik für Reiche macht. Das kann man ihnen nicht

verübeln. Noch härter schlägt nur noch die Politik gegen Arme zu. Als »Reformvorschläge« verpackt bereitet die Bundesregierung gerade ein ganzes Instrumentarium für den sozialen Kahlschlag vor (mehr dazu auf den Seiten 4 und 5). Dabei liegt die Lösung auf der Hand: Würden wir oben angemessen abschöpfen, müssten nicht die Menschen am unteren Einkommensende Haushaltslöcher stopfen. Doch auch hier klappt die Merzsche Wahrnehmungslücke – die Reichen würden ohnehin schon zu sehr geschröpft, meint er. Fakten, wie dass eine durchschnittliche Mittelstandsfamilie im Schnitt 43 Prozent an Steuern und Abgaben bezahlt, Überreiche dagegen weniger als 30 Prozent, sind an diesen Bundeskanzler offenbar verschwendet. Es bleibt die Aufgabe der Zivilgesellschaft, Druck für soziale Gerechtigkeit zu machen.

Die Zeiten dafür sind vielleicht nicht die schlechtesten. Viele Menschen spüren die

Ungleichheit gerade in ihren Geldbeuteln. Damit sie nicht als Wutbürger*innen den Rechten hinterherlaufen und menschenverachtende Rhetorik übernehmen, braucht es ein gutes emanzipatorisches Angebot und machbare Alternativen. Positiv sollte uns stimmen, dass viele Menschen konkrete Vorstellungen von einer gerechteren Gesellschaft haben. Davon konnten sich zum Beispiel die Attac-Aktiven überzeugen, die in vielen Städten am 1. Mai mit der Frage auf die Straße gingen: »Warum sollen wir die Reichen angemessen besteuern?« Erfreulich viele Menschen haben sehr konkrete Antworten darauf gegeben; ein kleiner Teil davon ist in diesem Rundbrief zu sehen.

Wer noch mehr Lust auf positive Bestärkung hat, findet mehr Bilder und Ideen von Menschen, die für eine solidarische Gesellschaft eintreten, auf link.attac.de/1-mai-2026.

Das Grunderbe – eine gute Idee?

Solidarische Lösungen gegen strukturelle Ungleichheit

Die Vermögensungleichheit in Deutschland ist extrem – und sie wächst weiter, wofür Erbschaften ein zentraler Grund sind. Die Ungleichheitsforscherin Martyna Linartas, die mit ihrem Buch »Unverdiente Ungleichheit« im letzten Jahr zahlreiche Attac-Regionalgruppen bei einer Lesereise besucht hat, spricht in diesem Zusammenhang von »Spermalotto«. Eine höhere und faire Besteuerung großer Erbschaften ist deshalb ein notwendiger Schritt, um diese Entwicklung zu korrigieren. Aktuell werden vor allem durch die Privilegierung von Betriebsvermögen sehr hohe Erbschaften weniger stark besteuert als mittlere.

Im Attac-Steuermodell schlägt Attac ein Ende des »Freibetragswildwuchses« vor, der noch an alten Familienbildern hängt, und fordert statt dessen einen Lebensfreibetrag von einer Million Euro pro Person. Erst darüber hinaus würde eine progressive Besteuerung greifen, beginnend bei etwa 15 Prozent und ansteigend bis auf sehr hohe Sätze von bis zu 90 Prozent bei extrem großen Vermögen im Milliardenbereich. So soll die Weitergabe von Überreichtum, der mit riesiger politischer und wirtschaftlicher Macht einhergeht, in die nächste Generation verhindert werden. Durch Stundungen und der Bezahlung in Unternehmensanteilen wird dies auch bei Betriebsvermögen möglich.

Besonders problematisch an der Vermögensverteilung sieht Martyna Linartas, dass die untere Hälfte der Bevölkerung kaum über nennenswertes Eigentum verfügt und damit faktisch keine Möglichkeit hat, eigenes Vermögen aufzubauen. Um dies zu ändern, schlägt sie mit Bezug etwa auf Thomas Piketty ein Grunderbe vor, dass alle jungen Erwachsenen erhalten würden. Es könnte 20 000 Euro oder auch deutlich mehr sein und aus der Erbschaftssteuer finanziert werden.

Zunächst scheint die Idee plausibel und sympathisch: Wer nichts erbt, bekommt einen Ausgleich vom Staat. Junge Menschen bekämen so mehr Möglichkeiten, unabhängig vom Elternhaus. Das wäre auch ein Akt der Wertschät-



Foto: Attac Stuttgart

zung. Sie könnten mit weniger Abstiegsängsten ins Leben starten, freier sein bei der Wahl von Bildungsweg, Praktika oder Beruf. Doch die Mechanismen, durch die Ungleichheit überhaupt entsteht, bleiben durch das Konzept des Grunderbes unberührt.

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwege bringt dies zugespitzt auf den Punkt, wenn er davon spricht, dass Menschen dadurch »über Nacht kleine Kapitalisten« würden. Hier droht die Individualisierung im Sinne des neoliberalen Leitbilds »Jeder ist seines Glückes Schmied«: Wer trotz Grunderbe scheitert, trägt scheinbar selbst die Verantwortung. Es besteht die Gefahr, dass das Grunderbe in Kombination mit marktorientierten Konzepten zur Rechtfertigung eines Rückbaus sozialer Sicherung genutzt wird, etwa bei Bafög oder Grundsicherung.

Die Gesellschaftstheoretikerin Coco Lina Aglibut unterscheidet verschiedene Begründungsebenen für ein Grunderbe: Eine liberal-marktorien-

tierte Sicht versteht das Grunderbe als Investitionsanreiz, eine sozialintegrative als Mittel zur fairen Verteilung von Lebenschancen und zur Stabilisierung der Gesellschaft, und eine transformative – etwa bei Thomas Piketty – als Schritt hin zu einer langfristigen Umverteilung von Eigentum. Letztere Perspektive macht deutlich: Ein Grunderbe kann nur dann wirklich wirksam sein, wenn es Teil umfassender Struktur-reformen ist.

Auf dem Attac-Frühjahrsratschlag, der im April online stattfand, wurde die Idee eines Grunderbes vor allem kritisch diskutiert. Es erschien vielen als »Nebelkerze« ohne echte Änderung der strukturellen Ungleichheiten, die individualisierte Verantwortungslogik und spekulative Investitionen fördert, statt kollektive Lösungen für ein gutes Leben für alle in Anbetracht der Klimakatastrophe.

Auch wurde darauf hingewiesen, dass die Einnahmen der Erbschaft- und Vermögensteuer, die laut Grundgesetz den Ländern zustehen, dort auch dringend benötigt werden, um Bildung, sozialökologische Transformation, bezahlbaren Wohn-

raum, einen guten und ticketfreien ÖPNV und auch die Kommunen, die dramatischen Geldnöten und Kürzungszwängen ausgesetzt sind, zu finanzieren.

Wer Ungleichheit wirksam bekämpfen will, muss sie politisieren und kollektive Antworten durchsetzen. Ein Grunderbe kann Teil dieser Debatte sein, aber der Maßstab bleibt eine Gesellschaft, in der soziale Sicherheit nicht vom Vermögen abhängt. Gegen strukturelle Ungleichheit helfen keine einmaligen Geldzahlungen, sondern dauerhafte kollektive und solidarische Lösungen. Gleichzeitig sind hohe Erbschaft- und Vermögensteuern zentral, um die Konzentration von Überreichtum tatsächlich aufzubrechen und die soziale Infrastruktur zu finanzieren. Dafür macht Attac weiter Druck.

Julia Elwing ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac und aktiv in der Arbeitsgemeinschaft Finanzmärkte und Steuern.

Für ein Ende sexualisierter Gewalt

Allein kann die Scham nicht die Seite wechseln!

Schätzungen des US-Justizministeriums gehen davon aus, dass mehr als 1.000 Frauen, zahlreiche davon minderjährig, sexualisierte Gewalt allein durch Jeffrey Epstein und sein Netzwerk erlebt haben.

Über Jahre hinweg betäubte Dominique Pelicot seine Frau Gisèle und ließ sie von mindestens 82 anderen Männern aus allen Milieus und Altersschichten vergewaltigen.

Rund zehn Jahre lang, so berichtet es Collien Fernandes, hat ihr Ehemann Christian Ulmen sie durch die Verbreitung pornographischer Darstellungen, die angeblich sie zeigen, virtuell vergewaltigt.

CNN deckte im April ein Online-Netzwerk auf, in dem sich Männer weltweit dazu austauschten, wie sie ihre Partnerinnen am besten betäuben, vergewaltigen und filmen können.

Dass die Täter bei sexualisierter Gewalt meist im privaten Umfeld zu finden sind, ist seit Langem bekannt. Dass die Zahlen sexualisierter Gewalt schwindelerregend hoch sind, auch. Die jüngsten Fälle spitzen das erneut zu. »Nicht jeder Mann, aber immer ein Mann!«, »Schon wieder ein liebender Ehemann!« – die Slogans bei Demonstrationen gegen Männergewalt zeigen die berechnete Wut der Frauen, genährt von dem Gefühl, keinem Mann mehr trauen zu können, selbst wenn eine noch so gern möchte.

Und die Reaktion der Männer? Im Netz, wo sich der Hass gegen Frauen am unverblümtesten zeigt, reagieren viele mit der pauschalen Unterstellung von Lügen. Ein deutscher AfD-naher Professor bezeichnet Collien Fernandes im österreichischen Fernsehen als »Flittchen«. Der Kanzler schaffte das Kunststück, selbst in einer »Causa Christian« noch den Bogen zur »migrantischen Gefahr« zu schlagen.

Doch es gibt auch Männer, die Teil von Veränderung werden wollen – und das wird höchste Zeit, wie es eine Attac-Aktivistin formuliert:

Welcher Mann bespricht mit seinen Brüdern, mit seinen Kumpels und Kollegen aktiv: »Wann haben wir uns abscheulich, nachlässig und/oder ignorant gegenüber FLINTA benommen? Was tun wir – spätestens jetzt – für deren Schutz?«*

Momentan sehen wir (erneut!) einen lauten Aufschrei und viel Engagement vor allem von Frauen, oft schlimm verletzt: Rund jede zweite Frau in Deutschland wurde mindestens einmal in ihrem bisherigen Leben sexuell belästigt; etwa jede siebte Frau hat im Lauf ihres Lebens laut Studien strafrechtlich relevante sexualisierte Gewalt erlebt. Welcher Mann kennt die offenbar zahl-



Foto: Kai Schwerdt, flickr, CC BY-NC 4.0

reichen Täter in seinem Umfeld und klagt deren Taten an?

Wie nahezu immer, wenn es um Fürsorge in unserer Gesellschaft geht, müssen offenbar vor allem wir Frauen die nötige Kraft aufbringen. Wo und wann übernehmen Männer, Täter und ihre bislang von-nichts-wissen-wollenden Geschlechts-genossen die Verantwortung dafür, dass Frauen leben und frei sein können? Während FLINTA einmal durchatmen können?*

In verschiedenen Städten haben sich inzwischen explizit Männergruppen zusammengesetzt, um ihren Anteil zu leisten, zum Beispiel Demonstrationen gegen Männergewalt zu organisieren und es nicht wieder den Frauen zu überlassen, etwas zu verändern. Dabei bleibt es wichtig, sich durch eigenes Engagement nicht hinwegzutäuschen über die Veränderungen, die Mann auch persönlich vornehmen muss. Ein Attac sagt dazu:

Ich glaube, dass das, was ich als Mann tun kann, nicht damit beginnt, möglichst kluge Dinge zu formulieren, sondern damit, dass ich zuhöre und die Perspektive von Betroffenen ernst nehme. Meine Sicht als Mann steht deshalb nicht gleichrangig neben der vom patriarchalen System direkt betroffenen Perspektive. Vielmehr ist die Frage, ob meine Perspektive wirklich relevant ist oder nur

Raum einnimmt, der eigentlich den Betroffenen zusteht.

Ich denke es reicht nicht, dass Männer sich als »die Guten« unter ihren Geschlechts-genossen wahrnehmen. Diese Selbstzuschreibung führt schnell dazu, in eine Verteidigungshaltung zu gehen, statt wirklich Verantwortung zu übernehmen. Dabei begegnen wir alle patriarchalen Strukturen: Sie treten nicht nur durch offensichtliche Gewalt auf, sondern auch im Alltag. Es zeigt sich in Gesprächen, in denen Männer häufiger unterbrechen, mehr Raum einnehmen oder ihre Perspektive für besonders wichtig erachten. Oder darin, dass Grenzüberschreitungen verharmlost, Widerspruch vermieden oder Verantwortung weggeschoben wird. Es ist deshalb notwendig, Verantwortung zu übernehmen. Das bedeutet konkret, Raum abzugeben, zuzuhören und einzugreifen, wenn Grenzen überschritten werden.

Den gesellschaftlichen Graben zwischen Männern und Frauen* vertieft nicht der angeblich hasserfüllte Feminismus, sondern manifestierter Frauenhass. Dieser Graben kann nur unter maßgeblicher Beteiligung von Männern selbst zugeschüttet werden.

*Herzlichen Dank an die Aktivist*innen für ihre Statements!*

Angriff auf den Sozialstaat

Politik gegen Arme

Ende Mai veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband Kürzungspläne der Bundesregierung. Das Papier mit dem verniedlichenden Titel »Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen« offenbarte dabei vor allem geplante Einschnitte, von denen Kinder, Jugendliche, Familien und Menschen mit Behinderung betroffen sind. Damit reiht es sich ein in weitere Kürzungsvorschläge, die Menschen ohne Lobby, Menschen am unteren Einkommensende treffen sollen, wie die Forderung des CDU-nahen Wirtschaftsrats nach Abschaffung der Rente mit 63 oder die Kürzung des Arbeitslosengelds. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie die Politik der Bundesregierung sich gegen Arme richtet und statt dessen Reiche begünstigt.

Zum Beispiel: Rente

Eine Alterssicherungskommission soll bis zum Sommer einen Vorschlag für eine umfassende Reform vorlegen. Die Regierungsparteien fordern offensiv die Stärkung privater und kapitalgedeckter Elemente und damit die zumindest indirekte Schwächung der gesetzlichen Rente. Einige der Kommissionär*innen haben deutlich auch späteres Renteneintrittsalter, sinkendes Rentenniveau oder teilweise Lösung von der Lohnentwicklung gefordert. Über eine Einwohner*innenversicherung, wie Attac sie fordert, wird wohl nicht diskutiert werden, im Gespräch ist aber die Einbeziehung weiterer Berufsgruppen bis hin zu den Beamten. Das entspricht der Erwerbstätigenversicherung, wie sie der DGB fordert. Ein dahin gehender Entschließungsantrag der Linken fand im Dezember 2025 im Bundestag keine Zustimmung. Es steht kaum zu erwarten, dass die vom DGB selbstständig einberufene Rentenkommission eine grundsätzliche Alternative zu den Plänen der Regierung vorlegen wird.

Schon beschlossen wurde im März die Anpassung der Kindererziehungszeiten (»Mütterrente«) und eine Neuregelung privater Altersvorsorgeverträge. Sie ersetzt die bisherige Riesterrente, deren Altverträge hierhin überführt werden können. Es bleibt aber beim Prinzip, dass privat eingezahltes Geld durch staatliche Zuschüsse aufgestockt wird. Bei einem Betrag bis 360 Euro gibt es einen Zuschuss von 50 Cent je Euro, darüber von 25 Cent. Bei einem Sparbeitrag von 2000 Euro fließen damit 540 Euro aus Steuermitteln dazu. Das grundsätzliche Problem, dass Geringverdiener*innen kein Geld zum Sparen haben, bleibt ungelöst, wohingegen diejeni-



Foto: Attac Bremen

gen, die viel sparen können, auch viel Staatsgeld erhalten. Die zur Wahl stehenden Vertragsvarianten mit hohem, mittlerem und ohne Verlustrisiko nützen ebenfalls eher denen, die sich eventuelle Verluste leisten können. So wird die Ungleichheit ebenso verstärkt wie die staatliche Subventionierung der Versicherungswirtschaft ausgebaut. Für die neu in diese Regelung einbezogenen Selbstständigen gilt dasselbe.

Zum Beispiel: Gesundheit

Die vorgeschlagenen Maßnahmen in der Gesundheitspolitik bedeuten weitgehend eine Mehrbelastung für Versicherte, während Profite der privaten Versicherungswirtschaft und Sonderrechte der Privilegierten unangetastet bleiben.

Staatliches Fehlhandeln bei Versorgungskosten: Die unzureichende Deckung der Gesundheitsausgaben für Bürgergeld-Beziehende stellt ein systemisches staatliches Versagen dar. Die fehlende Summe von 12 Milliarden Euro müssen derzeit Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen über ihre Beiträge querfinanzieren, obwohl die Absicherung bei Erwerbslosigkeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und daher aus Steuermitteln zu finanzieren ist. Besonders kritisch ist dabei, dass der Staat für privat versicherte Bürgergeldbeziehende deutlich höhere Zuschüsse an private Krankenkassen

bezahlt als für die bei gesetzlichen Kassen versicherten. Das untergräbt soziale Gerechtigkeit und das Solidarprinzip.

Fiskalische Tricks und Belastung: Die Streichung der Dynamisierung des Bundeszuschusses für die GKV ist ein gefährlicher Präzedenzfall für einen schleichenden staatlichen Rückzug aus der Mitfinanzierung. Die »einnahmenorientierte Ausgabenpolitik« entkoppelt das System vom Bedarf und führt zur Rationierung medizinischer Hilfe als Zuteilungsware. Die Anhebung der Zuzahlungen um 50 Prozent (Mindestsatz 7,50 Euro) belastet Kranke zusätzlich um 1,9 Milliarden Euro.

Die Teilabschaffung der beitragsfreien Mitversicherung fungiert als ökonomisches Druckmittel, prekäre Beschäftigungsverhältnisse aufzunehmen, während die Beihilfe für nicht arbeitende Beamten-Ehegatten bleibt. Die Absenkung des Krankengeldes um fünf Prozentpunkte ist darüber hinaus eine direkte Lohnkürzung, die Existenzangst erzeugt.

Versorgung und Pharma: Im Krankenhaus drohen durch Einschränkungen des Pflegebudgets und die starre 30-Tage-Pauschale bei der Fallzusammenführung von stationären Behandlungen gefährliche Fehlanreize zulasten der Patientensicherheit. Das Primärarztmodell, das Patienten verpflichtend zuerst an die Hausarztpraxis verweist, fungiert zukünftig als »Türsteher« nur für



Foto: Thomas Drillich, Attac Mainz

Kassenpatienten. Gleichzeitig sind Streichungen im Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) geplant, das eigentlich Neupatient*innen den Zugang zu Fachärzt*innen erleichtern sollte. Das verschärft die Wartezeitenproblematik zusätzlich. Kürzungen beim Zahnersatz machen Zahngesundheit zum Statussymbol. Pharma-Herstellerabschläge bleiben ein Feigenblatt gegen Mondpreise.

Zum Beispiel: Grundsicherung

An der sogenannten »neuen Grundsicherung« ist wenig neu. Sie atmet viel mehr den Geist von Hartz IV. Das macht die Bundesregierung selbst schon auf ihrer eigenen Website deutlich: Sie spricht vom »Grundsatz des Forderns und Förderns« und davon, dass »Konsequenzen spürbarer« werden sollen. Neben einem neuen Namen gibt es vier zentrale Verschärfungen: Mehr Sanktionen, mehr Arbeitszwang, weniger Vermögensschonung und weniger Geld für die Unterkunft.

Sanktionen sollen künftig schneller eingesetzt werden: Schon ab dem zweiten verpassten Termin sollen 30 Prozent des Grundsicherungsgeldes gestrichen werden, und auch für sogenannte »Arbeitsverweigerung« kann schnell sanktioniert werden. Auch die komplette Streichung der Grundsicherung ist als Sanktion vorgesehen, obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits

2019 geurteilt hat, dass Totalsanktionen verfassungswidrig sind, weil sie das menschenwürdige Existenzminimum nehmen.

Der Arbeitszwang wird ausgebaut, in dem Eltern schon nach 14 Monaten statt bisher drei Jahren nach der Geburt wieder herangezogen werden können oder Jobs bis zum »maximal zumutbaren Umfang« angenommen werden müssen. Auch Weiterbildung und Qualifikationsmaßnahmen sollen gegenüber der Arbeitsvermittlung nachrangig sein. Dieser »Vermittlungsvorrang« bedeutet, dass Weiterbildungen nur noch dann ermöglicht werden, wenn man nicht unmittelbar in Arbeit vermittelt wird.

Die Vermögensschonung wird abgebaut. Bislang gab es ein Jahr lang Schonfrist, in der das eigene Ersparte nicht angetastet werden musste, jetzt wird es altersgestaffelt. Sparen und vorsorgen lohnt sich damit weniger. Auch bei den Kosten der Unterkunft wird die Axt an die Schonfrist gelegt. Jetzt gilt ab dem ersten Tag Grundsicherungsbezug ein Mietenübernahmedeckel bei der anderthalbfache Höhe der allgemeinen Angemessenheitsgrenze. Das kann dazu führen, dass Menschen sofort aus ihrer Wohnung und ihrem angestammten Umfeld gerissen werden.

Zum Beispiel: Steuern

Steuerpolitik kann die wirksamste Maßnahme zur Umverteilung sein; sie kann aber genauso

auch weiterhin Reiche entlasten und am unteren Einkommensende zugreifen. Seit knapp 50 Jahren ist die wirtschaftliche Entwicklung geprägt von der neoliberalen Globalisierung. Verbunden war dies in Deutschland und den anderen Industriestaaten mit Steuersenkungen für Unternehmen und Kapitaleinkommen sowie der Forderung an die Beschäftigten, für den Erhalt der Arbeitsplätze Lohnverzicht zu üben. Die vergebliche Hoffnung dabei: Damit Wirtschaftswachstum anzustoßen. Das Gegenteil erfolgte: Die Realinvestitionen gingen weiter zurück, und die Unternehmen schütteten mit Aktienrückkäufen und hohen Dividenden Milliarden an die Anteilseigner*innen aus. Die erwartbare Folge dieser Politik: Die Einkommen aus Arbeit stagnieren und der Reichtum der Reichen schwillt an. Dementsprechend halten auch gegenwärtig über 85 Prozent der Menschen die Vermögensverteilung in Deutschland für ungerecht. Eine Korrektur der Vermögensverteilung muss daher steuerpolitisch vor allem an zwei Punkten ansetzen:

1. Unternehmenssteuern dürfen nicht weiter gesenkt werden. Die Bundesregierung dagegen plant eine schrittweise steuerliche Entlastung der Unternehmen ab 2028.
2. Reichtum muss direkt besteuert werden durch eine progressive Vermögensteuer und eine Erbschaftsteuer, die nicht wie bisher hohe Unternehmensvermögen von einer Besteuerung ausnimmt.

Beide Bereiche lässt die Bundesregierung unangetastet. Große Betriebsvermögen werden weiterhin weitgehend steuerfrei vererbt, und zur Verhinderung einer Vermögensteuer wird eine Armada an Scheinargumenten wie »dann ziehen die Reichen weg« und Falschaussagen wie »die Vermögensteuer ist verfassungswidrig« aufgefahren.

Es ist offensichtlich, dass große Vermögen von der Merz-Regierung um jeden Preis geschützt werden – um den Preis, den die Menschen ohne Lobby bezahlen, diejenigen, denen ohnehin wenig bleibt. Um vulnerable Gruppen zu schützen, muss dieser Politik für Reiche und gegen Arme etwas entgegengesetzt werden – für eine solidarische Gesellschaft.

In der **PG Sozialproteste** engagieren sich Attacies aus verschiedenen Arbeitszusammenhängen gegen den sozialen Kahlschlag.



Konferenz »China und wir« in Köln, Foto: Helga Reimund / attac.de



Protest vor dem »Tax Forum Berlin«, Foto: Helga Reimund / attac.de

Rückblick

23. März 2026

Chinas Rolle in der Welt verstehen

Eine breite Palette an Fragen zu China haben 300 Teilnehmer*innen der Konferenz »China und wir – Perspektiven für Frieden, Menschenrechte und sozial-ökologischen Wandel« in 28 Foren und Workshops an der Universität Köln diskutiert. Eingeladen zu der Konferenz hatte Attac in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Moderne China-Studien am Ostasiatischen Seminar und dem Global South Studies Center (GSSC) und anderen Organisationen. Das Ziel der Konferenz war es, eine größere Debatte einzuleiten und den Blick auf China jenseits von Klischeebildern zu schärfen. Dies geschah aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln – auch ein kritisches Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklungen in China konnte vermittelt werden, ohne dabei in das Horn westlicher Konfrontationspolitik zu stoßen.

9. April

Neues Attac-Bildungsmaterial: Grüner Kapitalismus?

In welcher Welt werden die heutigen Schüler*innen künftig leben? Wird der Lobbydruck fossiler Konzerne das Tempo Richtung Klimakatastrophe weiter erhöhen? Sind Vorschläge für einen grünen Kapitalismus mit Zertifikatehandel, Elektrifizierung und Wasserstoff-Technologien realistisch und wünschenswert? Welche Vorschläge für ein nach-kapita-

listisches Wirtschaften und Zusammenleben gibt es?

Mit diesen Fragen befasst sich das neue Bildungsmaterial »Grüner Kapitalismus«, das Attac gemeinsam mit dem Verein »Wirtschaft demokratisch gestalten lernen« veröffentlicht hat. Das Material für sowohl schulische als auch außerschulische Bildung kann kostenlos auf der Attac-Webseite unter attac.de/bildungsangebot/bildungsmaterial heruntergeladen werden.

14. April 2026

Vermögensteuer statt Lobbyparty

Unter dem Motto »Vermögensteuer statt Lobbyparty« hat Attac beim sogenannten Tax Forum Berlin des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) protestiert. Der BDI bewirbt das Forum offen als »die Steuerkonferenz von der Wirtschaft für die Wirtschaft«. Eingeladen sind »Entscheider und Entscheiderinnen aus Unternehmen und Politik«, um gemeinsam »die Steuerpolitik der Zukunft zu gestalten«. Dieses scheinbar seriöse Forum ist jedoch nichts anderes als eine Lobbyparty, bei der die Unternehmen den Politiker*innen ihre Steuerwünsche servieren – garniert mit Häppchen und Sekt. Statt Steuergeschenke für die Reichen brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik, die allen zugutekommt!

1. Mai 2026

Schädliches EU-Mercosur Abkommen vorläufig in Kraft

Die Europäische Kommission und die vier

Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay wenden das umstrittene EU-Mercosur-Freihandelsabkommen ab dem 1. Mai 2026 an – noch bevor der Gerichtshof der Europäischen Union seine Stellungnahme vorgelegt und das Europäische Parlament sein Votum abgegeben hat. Diese Entscheidung ist kurzsichtig und demokratieschädigend. Eine solidarische Handelspolitik, die Menschenrechte, Demokratie und Umwelt an erste Stelle setzt, sieht anders aus.

Ausblick

Immer jeden dritten Montag im Monat

#isso-Webinar

- Mai: Entfällt aufgrund des Feiertags
- Juni: Weltsozialforum 2026 Benin
- Juli: Sommerpause

Alle Informationen: attac.de/webinare

Save the Dates

- 23. Mai–7. Juni: Zusammen für Demokratie-Aktionswochen
- 4.–5. Juli: Proteste gegen den AfD-Parteitag in Erfurt
- 10.–12. Juli: Attac-Sommerakademie »Das Monster reiten« in Frankfurt am Main
- 23.–25. Oktober: Attac-Herbstratschlag in Frankfurt am Main

Weitere Informationen und genaue Termine: attac.de/veranstaltungen

Deutscher Kolonialismus

Besuch in Namibia

Annette Schnoor und Törk Hansen sind aktiv in der Attac-Projektgruppe Energie, die im vergangenen Herbst eine Speakers Tour mit Paul Thomas als Vertreter der namibischen Zivilgesellschaft organisiert hat. Hier berichten sie von ihrem Gegenbesuch.

Wir fahren zum Waterberg-Plateau. Dort fand 1904 die »Waterberg-Schlacht« statt, eine Reihe von Gefechten der deutschen kolonialen »Schutztruppen« gegen die Ovaherero, an deren Ende der Generalleutnant Lothar von Trotha Tausende Herero mitsamt ihren Familien und Rinderherden in der Wüste einsperrte und verdursten ließ. Der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts.

Am Waterberg gibt es einen deutschen Soldatenfriedhof, in Schuss gehalten von der Deutschen Kriegsgräberfürsorge. Das klingt schon surreal, und der Blick auf die Gräber macht es schlimmer: Alle starben den Heldentod; der »Reiter« wird auf kleinen Gedenksteinen, der Grafen auf großen Kreuzen gedacht. Die Tafel für die getöteten Ovahereros, die es erst seit 2004 (!) auf dem Friedhof gibt, ist halb versteckt an der Mauer angebracht. Hätten wir sie nicht gesucht, wäre sie uns entgangen.

Ähnliches erlebten wir auf Shark Island bei Lüderitz. In dem früheren KZ steht seit 2023 ein Genozid-Denkmal – errichtet nicht vom Staat, sondern von den Nama. Wir nahmen auf Einladung der Nama Traditional Leaders Association NTLA am 11. April am Memorial March zum Denkmal teil. Wir standen zwischen den Nama eingereiht in die Menschenkette um das KZ auf diesen windigen, kahlen Felsen im kalten Atlantik, auf denen Tausende gedemütigt, gefoltert und ermordet wurden. Noch nie haben wir die Schuld und die Verantwortung als Nachfahr*innen der Täter so stark empfunden.

Aber auch hier gibt es nur rund 20 Meter vom Genozid-Denkmal entfernt ein Rondell, auf dem der betrügerische Bremer »Kaufmann« Adolf Lüderitz geehrt wird und das umgeben ist von einer Mauer mit Gedenktafeln für deutsche Soldaten, für die also, die gefoltert und gemordet haben.

Die Erinnerung an die Täter ist überall präsent. Ob im »sauberen« Swakopmund, in den Straßennamen in Lüderitz, im Sperrgebiet, wo uns erzählt wird, wie schnell und effektiv die Deutschen eine Eisenbahn gebaut haben (für die gestohlenen Diamanten) oder im »Südwesterland«, das in Holz geritzt oder in Stein gehauen neben der Eingangstür von Farmhäusern hängt. Die Opfer des Genozids und ihre Nachfahren hingegen müssen sich das Gedenken mühsam erkämpfen. Sie werden von der namibischen Regierung nicht gehört und nicht in die Verhandlungen mit der deutschen Regierung zum »Versöhnungsabkommen« einbezogen.

Wasserstoff-Projekte

Wir hatten auch Gelegenheit, an einer Aktivist*innen-Schule teilzunehmen und konnten dadurch gleich mehrere Aktive des Economic Social Justice Trust (ESJT) endlich einmal persönlich treffen, die wir sonst nur bei Video-Konferenzen sehen. Der ESJT führt diese Schule regelmäßig ein- bis zwei Mal im Jahr durch. Wir erlebten eine rege Diskussion über die Herausforderungen für junge Menschen, in der politischen Arena des Landes überhaupt sichtbar zu werden. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen in Namibia liegt über 50 Prozent und es ist nicht absehbar, wie sich das in naher Zukunft ändern kann.

Das macht das Versprechen des vormaligen Präsidenten besonders brisant, mit den grünen

Wasserstoff-Projekten könne die Arbeitslosigkeit vollständig überwunden werden. Dabei wird das größte Projekt »Hyphen«, das mit deutscher Beteiligung entstehen soll, gerade einmal 3000 Arbeitsplätze schaffen und es ist völlig unklar, wie viele davon tatsächlich durch lokale Arbeitskräfte besetzt würden. In dem Projekt sollen Unmengen von Solar- und Windstrom produziert werden – nur zur Herstellung von Wasserstoff für Europa, während lediglich 53 Prozent der namibischen Bevölkerung Zugang zu Strom haben.

Wir haben auch ein anderes Vorzeigeprojekt nördlich von Windhoek in Daures besucht, das, wesentlich durch deutsche Fördermittel unterstützt, mitten in der Wüste Wasserstoff aus regenerativem Strom produziert. Dieser Wasserstoff ist nicht für den Export gedacht, sondern zur Produktion von Ammoniak zur Düngemittelherstellung. Auch in dieser Anlage arbeiten nur wenige Menschen, nur für die Ernte werden lokale Arbeitskräfte angeheuert. Problematisch an diesem Projekt ist zudem, dass das zur Herstellung von Wasserstoff benötigte Wasser aus dem Grundwasserreservoir genommen wird. In Namibia ist Grundwasser ein kritisches Gut. Im Endausbau soll das Wasser – wie auch bei Hyphen – aus Entsalzungsanlagen von der Küste kommen. Diese ist im Fall des Daures-Projektes 100 Kilometer entfernt und liegt mitten in einem Naturschutzgebiet.

Aber die Zukunft der Projekte ist ungewiss, denn nicht nur die deutsche, auch die namibische Regierung setzt ihre Hoffnung zunehmend in Geschäfte mit fossiler Energie. Wir werden das weiter beobachten und versuchen, die Forderungen der namibischen Aktivist*innen auch weiterhin hier in die Öffentlichkeit zu tragen.



Foto: privat



Foto: privat

Explodierende Preise durch fossile Abhängigkeit

Energie- und Wärmewende vorantreiben!

Der 18. April könnte ein Neubeginn sein. An diesem Tag haben – zum ersten Mal seit Jahren – 80.000 Menschen in vier deutschen Städten für eine konsequente Energiewende demonstriert. Attac war dabei. Anlass war die Empörung über die Pläne der Bundesregierung in Person von Wirtschaftsministerin Reiche, den Ausbau erneuerbarer Energien planmäßig auszubremsen: Die Abschaffung der 65-Prozent-Quote erneuerbarer Energie bei neuen Heizungsanlagen im neuen Gebäudemodernisierungsgesetz verlängert die Ära von Gas und Öl. Die Einstellung der Förderung neuer, kleiner Solaranlagen sowie ein geplanter Entschädigungsstopp bei Abregelung von Wind- und Solaranlagen aufgrund von Netzengpässen würden den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv ausbremsen. Dazu kommen die Pläne, zwanzig neue Gaskraftwerke bauen zu lassen.

Diese Pläne fügen sich ein in den »fossilen Backlash«, mit dem die Kumpanei aus Öl- und Gaslobby sowie rechten Parteien und Regierungen weltweit die ökologische Modernisierung ausbremst und einen Kulturkampf gegen Energie- und Wärmewende führt. Der hat auch die Klimabewegung geschwächt, die Grünen bekamen das am heftigsten zu spüren. Um so wichtiger, jetzt neu durchzustarten, denn die Einschlüge der Klimakrise kommen schneller und heftiger, und Öl und Gas sind ihre Brandbeschleuniger.

Wie kann es weitergehen?

Der »Irakkrieg« zeigt einmal mehr die Abhängigkeit fossil betriebener Energieversorgung von globalen Konflikten, langen Lieferketten und der Verfügungsgewalt der Öl- und Gas-Konzerne. Das spüren gerade alle im Geldbeutel, und es ist sonnenklar: Mit dezentraler Energie aus Wind, Sonne und Wasser wäre das nicht passiert! Diese Situation sollte genutzt werden, zügig auf verschiedenen Ebenen den sozial-ökologischen Umbau des Energiesektors voranzutreiben:



Foto: Attac Fulda

Um Haushalte für den Preisschub durch die jüngsten Kriege zu entlasten, ist ein Energiegeld für alle gerechter als der klimaschädliche Tankrabbatt, der nur Autovielfahrern und Energiekonzernen nutzt. Bezahlt werden sollte es aus einer Übergewinnsteuer für die Mineralölkonzerne, die sich am Krieg schwindlig verdienen. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Darüber hinaus müssen die Energiekonzerne unter gesellschaftliche Kontrolle, um ihnen die Macht zu nehmen, weiter durch Investitionen in fossile Energie die Welt aufzuheizen. Statt Konzernmacht könnte zum Beispiel eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) »Gemeingut Energie« planvoll, demokratisch kontrolliert und sozial gerecht die Energiewende vorantreiben. Der bewegungsnahe Thinktank »Communia« hat dazu ein Konzept entwickelt.

Es braucht mehr Tempo beim Ausbau von Sonne- und Windkraft, um die Stromversorgung 2035 vollständig aus Erneuerbaren zu sichern. Dafür

müssen die Pläne der Gas-Lobbyistin Reiche zur Einstellung der Förderung neuer, kleiner Solaranlagen sowie der geplante Entschädigungsstopp bei Abregelung von Wind- und Solaranlagen verhindert werden. Stattdessen sind ökologisch sinnvolle Verteilnetze und Speicherkapazitäten mit mehr Tempo auszubauen und »Energie in Bürgerhand« zu fördern. Da Strom aus Erneuerbaren ein kostbares Gut ist, sollte unnützer Verbrauch – zum Beispiel zu Werbezwecken – unterbunden werden.

Die Bedeutung der Wärmewende ist nicht zu unterschätzen. Ein Drittel der deutschen CO₂-Emissionen stammt aus dem Gebäudesektor. Jede neue Gasheizung bindet jedoch den Haushalt für weitere 15 bis 20 Jahre an fossile Brennstoffe. Daher muss das Gebäudeenergie-Rücktrittsgesetz durch eine Regelung ersetzt werden, die einen schnellen Umstieg auf erneuerbare Energie sicherstellt. Die Wärmewende muss dabei sozial gerecht sein. Wer sich eine Wärmepumpe einbaut, muss sich das leisten können.

Mieter*innen müssen davor geschützt werden, die Kosten für den Heizungsumbau aufgebürdet zu bekommen.

Um der Gaslobby den Hahn zuzudrehen, muss parallel der geplante Bau neuer Gaskraftwerke und der anvisierte massenhafte Import von LNG-Gas im US-EU-Handelsdeal verhindert werden.

Der fossile Rollback ist umstritten, nicht nur in der Person der Wirtschaftsministerin. Aus Gründen der Planungssicherheit kritisieren Teile der Wirtschaft das Nebeneinander von Energie aus Erneuerbaren und aus Gas. Die wachsenden Preisvorteile der Erneuerbaren lassen zudem daran zweifeln, ob die rückwärtsgewandte Regierungspolitik noch lange tragfähig ist. Verlassen sollten wir uns darauf nicht. Jeder Tag mit fossilen Energien verschärft die Klimakrise. Das können wir uns nicht mehr leisten.

Achim Heier ist Mitglied im Attac-Rat und aktiv in der Projektgruppe RohstoffEnergieHunger.

Frankfurt am Main, 10. bis 12. Juli 2026

Attac-Sommerakademie



Tag für Tag liefern uns die Nachrichten ein düsteres Bild der gesellschaftlichen Entwicklungen: massive Aufrüstung und Militarisierung, weltweiter Kampf um Rohstoffe und die

Energiesysteme der Zukunft, Zunahme von geschlechterbasierter Gewalt, radikale Angriffe gegen den Sozialstaat, Klimakatastrophen, Faschisierung...

Auf den ersten Blick gibt es also nicht viel Grund zur Hoffnung auf eine bessere Welt. Aber alle, die sich mit dem ersten Blick nicht zufrieden geben, können Widersprüche, Bruchlinien und Gegenbewegungen erkennen, die in der gegenwärtigen Entwicklung ebenso eine Rolle spielen. Es gibt Widerstände, es bilden sich neue Allianzen, totgegläubte Themen wie »Vergesellschaftung« erleben eine Auferstehung. In vielen Bereichen wird um die Richtung der Entwicklung gerungen, aber noch fehlen Konzepte, wie die Bruchmomente emanzipatorisch genutzt werden könnten.

Dazu will die Sommerakademie einen Beitrag leisten. Dabei ist uns bewusst, dass eine nach-

haltige Lösung der Probleme nicht in gerechteren kapitalistischen Verhältnissen, sondern nur in einer radikalen sozial-ökologischen Transformation der Produktions- und Lebensweise gefunden werden kann.

Aber wo könnte die Transformation ansetzen? Wie kommen wir zu einer gerechten Weltfinanzordnung? Wie könnte eine nicht-ausbeuterische Nord-Süd-Beziehung aussehen? Wie stellen wir uns eine Gesellschaft vor, in der Geschlecht keine Rolle mehr spielt? Wie können wir den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ausbauen und der Profitwirtschaft entziehen? Dazu werden wir gemeinsam lernen und diskutieren, neue Menschen und neue Ideen kennenlernen. Wir freuen uns auf tolle Referent*innen und natürlich auf euch!

Infos und Anmeldung unter attac.de/soak

Proteste gegen den AfD-Parteitag am 4. Juli 2026 in Erfurt

Keinen Fußbreit!



Foto: attac.de

Für den 4. und 5. Juli 2026 plant die AfD ihren Bundesparteitag in Erfurt. Wäre es ein Zufall, wäre er verrückt: Im benachbarten Weimar, keine 30 Kilometer entfernt, hielt die NSDAP fast auf den Tag genau im Juli 1926 ihren Parteitag ab. Hundert Jahre später trifft sich also ein Steinwurf entfernt die AfD, um ihre menschenfeindliche Politik zu festigen und antidemokratische Pläne zu schmieden. Der AfD-Parteitag soll eine Machtdemonstration werden, die die Dominanz des völkischen-nationalistischen Flügels der AfD weiter zu normalisieren versucht. Das lassen wir nicht un widersprochen zu!

Viele zivilgesellschaftlichen Akteure rufen deshalb auf, sich an den Protesten am 4. Juli zu beteiligen und ein starkes Zeichen zu setzen für eine offene, vielfältige und solidarische Gesellschaft. Aus vielen Städten werden auch Busse organisiert; auf der Seite von »Widersetzen« gibt es eine Ticketbörse für Bustickets

Attac unterstützt die Europäische Bürger*inneninitiative zum EU-Israel-Assoziierungsabkommen:

Wir fordern angesichts Israels Menschenrechtsverletzungen die vollständige Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel. Hier kann man unterschreiben:

<https://eci.ec.europa.eu/055/public/#/screen/home>

und eine Übersicht, aus welchen Städten man sich anschließen kann.

Attac wird wieder, wie schon in Gießen, mit einem mobilen Kaffee-Wagen vor Ort sein, damit die Aktivist*innen zwischendrin Kraft tanken können. Er dient als Anlauf- und Treffpunkt für alle Attacies, die sich gemeinsam in die Proteste einbringen wollen. Haltet nach den Attac-Fahnen Ausschau – wir sehen uns in Erfurt!

Mehr Infos zu den Protesten unter widersetzen.com

Menschen in Attac

Regional und international!



Foto: privat

Carmen (65) ist nach einigen Jahren im Koordinierungskreis jetzt Mitglied im Attac-Rat, vertritt Attac im Arbeitszusammenhang der Weltsozialforen und hat die Konferenz »China und wir« in Köln mitorganisiert. Wir haben mit ihr über regionale und globale Perspektiven in ihrem politischen Engagement gesprochen.

Carmen, welcher Weg hat dich zu Attac geführt?

Ich bin ein politisch sehr aktiver Mensch, vor allem seit ich nicht mehr lohnarbeite. Davor war ich schon mehrere Jahre passives Mitglied bei Attac. Dabei war mir immer wichtig, von der kommunalen Ebene über die nationale hin zur internationalen Ebene zu denken und zu handeln. Deshalb war Attac mein Ort, wo ich nach dem Arbeitsleben aktivistisch unterwegs sein wollte.

Es hat lokal angefangen – zunächst waren Frankfurt/M. und die dortige Regionalgruppe »Klimattac« mein Bezugspunkt. Neben Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und dem Kampf gegen antidemokratische Kräfte waren mir die Stärkung lokaler Bündnisse und die Koordinierung von Aktivitäten ein wichtiges Anliegen. Über den Besuch vom Ratschlag und Gespräche mit anderen Attacies bin ich dann auch in die bundesweite Gremienarbeit gerutscht, als ich in den Koordinierungskreis gewählt worden bin.

Auf welchen Ebenen bist du heute in und um Attac aktiv?

Der Kokreis ist ein wichtiges doch auch sehr arbeitsintensives Gremium, da fehlte mir die Zeit

für inhaltliche Arbeit. Deshalb bin ich jetzt statt dessen Mitglied im Attac-Rat und habe mich über den Rat mehr dem Thema Internationalismus zuwenden können.

Auf internationaler Ebene verrete ich Attac jetzt beim Weltsozialforum und nehme an den Treffen des Europäischen Attac-Netzwerks teil. Ich fände es allerdings toll, wenn sich noch mehr Menschen finden würden, die dabei mitmachen, damit sich die damit zusammenhängenden Aufgaben auf mehr Schultern verteilen.

Ich wohne inzwischen in einem Wohnprojekt auf dem Land. Dadurch hat sich meine Einschätzung der politischen Situation, insbesondere die Gefährdung der Demokratie nochmal deutlich verschoben. Deshalb habe ich hier im strukturschwachen Vogelsberg nach der Wahl 2025 in unserem knapp 300-Seelen-Dorf eine Initiative »Demokratie stärken« gegründet. Was an meinem Küchentisch begann, ist nun ein monatlich stattfindender Stammtisch mit gutem Zulauf.

Grundsätzlich ist für mich die Verbindung aus lokaler und internationaler Perspektive und Vernetzung wichtig.

Eine wichtige Veranstaltung war in diesem Jahr die China-Konferenz »China und wir« im April in Köln, die du für Attac mitorganisiert hast. Wie blickst du auf die Veranstaltung zurück?

Die Entstehung der Konferenz war auf eine wunderbare Art Attac-typisch. Letztlich hat eine Kontroverse dazu geführt, dass sie stattgefunden hat: Beim Attac-Herbstratschlag 2023 trat offen zutage, dass die Bewertung von Chinas Rolle

in der Welt kontrovers und in Teilen auch sehr emotional und ideologisch diskutiert wurde. Gleichzeitig gab es für eine produktive Diskussion den Wunsch, die Fachkompetenz zum Thema zu erweitern.

Bei einer Arbeitstagung, auch schon mit anderen wie dem Kritischen Chinaforum, haben wir versucht herauszufinden, wie wir diese Diskussion weiterführen und auch mehr Wissen über China verbreiten können, und das in einer produktiven Atmosphäre. So entstand die Idee der Konferenz. Unser Glück war, dass wir weitere Unterstützung von anderen Organisationen und Akteur*innen bekommen haben, ohne die die Konferenz nicht möglich gewesen wäre – wie zum Beispiel durch den Lehrstuhl für Moderne China-Studien am Ostasiatischen Seminar an der Uni Köln. Letztlich haben wir es tatsächlich geschafft, zwar nicht alle, aber sehr viele Themen rund um China sinnvoll abzudecken und zu bündeln.

War die Stimmung bei der Konferenz dann so konstruktiv, wie ihr erhofft hattet?

Ja, das war sie und zwar auch dank des Sicherheits- und Awareness-Konzeptes, das wir auflegen mussten, um Menschen aus China und der chinesischen Diaspora zu schützen. Wir haben also darum gebeten, nicht zu fotografieren und die Handys oder Laptops in der Tasche zu lassen.

Das hat dazu geführt, dass die Atmosphäre auf der Konferenz viel konzentrierter und aufmerksamer war als üblich, weil die Leute wirklich ins Gespräch gingen. Es war ein wertvoller, fruchtbarer, informativer und sehr respektvoller Austausch. Gleichzeitig haben sich auch wieder viele neue Fragen ergeben. Deshalb sollten wir an diesen Inhalten weiterarbeiten – gerade wenn wir die Rolle Chinas in der Welt besser verstehen wollen.

Und was wünschst du dir sonst noch für die Zukunft von Attac?

Ich wünsche mir, dass alle, die wie ich Attac als zivilgesellschaftlichen Akteur wichtig finden, zusammenkommen und ihre Kräfte bündeln, um gemeinsam dafür zu sorgen, dass es Attac auch zukünftig gibt. Und im Hinblick auf das Weltsozialforum wünsche ich mir, dass es uns gelingt, mehr Aufmerksamkeit für die emanzipatorischen Kämpfe auf dem afrikanischen Kontinent zu schaffen und eine Verbindung herzustellen zu den Kämpfen hier, die in zahlreichen Aspekten durchaus Gemeinsamkeiten aufweisen.

Basistext-Paket

Drei Demokratie-Basistexte zum Schnäppchenpreis



unabänderlich festschreibt, für die Ewigkeit? Und ist das Grundgesetz besser gegen Nazis gewappnet als die Weimarer Reichsverfassung? Außerdem im Paket sind Basistext 47: »Rechte Kulturrevolution« und Basistext 51: »Hinter verschlossenen Türen: Halbierte Demokratie?«. Beide Basistexte sind schon etwas älter, (leider) aber nach wie vor aktuell – die rechte Kulturrevolution erleben wir gerade in voller Entfaltung, und der zweite Text gibt einen Überblick über Ansprüche an die Demokratie und kontrastiert sie mit der Wirklichkeit der Repräsentation in den »westlichen« kapitalistischen Ländern.

Andreas Fisahn (Hg.): Demokratie in Gefahr? – 75 Jahre Grundgesetz, Attac-Basistext 61, 96 Seiten
Andreas Fisahn: Hinter verschlossenen Türen – halbierte Demokratie?, Attac-Basistext 51, 128 Seiten

Julian Bruns / Kathrin Glösel / Natascha Strobl: Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?, Attac-Basistext 47, 96 Seiten.

Das Paket kann für 11 Euro online unter attac.de/shop oder telefonisch unter 069-900 281-10 bestellt werden. Natürlich gibt es auch alle Texte noch einzeln.

Im letzten Rundbrief hatten wir ein Angebotspaket mit drei Basistexten zu Finanzthemen für schmale 11 Euro geschnürt. Das kam so gut an, dass wir dieses Mal nachlegen. Das neue Paket besteht aus drei Basistexten zur Demokratiefrage:

Basistext 61: »Demokratie in Gefahr?«. Der aufhaltsame Aufstieg der AfD ist Anlass, einigen Fragen nachzugehen: Ist das Grundgesetz antifaschistisch? Bietet das Grundgesetz ausreichend Vorkehrungen gegen eine Zerstörung der Demokratie? Reicht die Ewigkeitsklausel, die Menschenwürde, Demokratie und Sozialstaat als

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,
Frauke Distelrath, Achim Heier,
Albrecht Stöffler, Lena Zoll
V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Für eine zukunftsfähige Technologieoffenheit!

Von »Technologieoffenheit« spricht die Bundesregierung erstaunlicherweise immer dann, wenn sie Argumente für die Rolle rückwärts sucht, die sie bei den erneuerbaren Energien hinlegt. Da werden so genannte »hocheffiziente Verbrenner« für die Mobilität der Zukunft gepriesen, als könnte diese Technologie verhindern, dass fossile Brennstoffe endlich und klimaschädlich sind. Da soll beim Heizen zurückgekehrt werden zum vermehrten Einsatz von Gas und Öl, und die Förderung von Solaranlagen soll gestrichen werden (siehe auch Seite 8). Die Bundesregierung, in diesem Fall angeführt von der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche, vollführt geradezu akrobatische Verrenkungen, diese energiepolitische Rückwärtsgewandtheit auch noch als

besonders fortschrittlich zu verkaufen. »Technologieoffenheit« ist das Stichwort, und das klingt nach Experimentierfreude, Forschung und Zukunft. Das Gegenteil ist der Fall: Die Bundesregierung setzt auf Technologien, von denen wir alle aus guten Gründen gehofft haben, sie seien bald überwunden.

Erneuerbare Energien könnten längst viel umfassender und effizienter genutzt werden, wenn der politische Wille dafür vorhanden wäre, sich mit voller Kraft auf diese nachhaltigen Technologien zu konzentrieren. Das ist die Technologieoffenheit, die wir brauchen – nachhaltig und zukunftsfähig!

Attac macht sich stark für einen sozial-ökologischen Umbau statt rückwärtsgewandter Energiepolitik. Dabei brauchen wir Unterstützung!



Foto: Attac Köln

Ganz leicht geht das unter attac.de/spenden oder mit dem hier angehängten Überweisungsträger. Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF 2602

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE